

Klausurtagung in Meseberg ohne Ergebnisse, Haushalt wird verschoben

Diese Woche tagte das Bundeskabinett im Schloss Meseberg in Brandenburg.¹ Die Kabinettagung wurde mit Spannung erwartet, denn in der Koalition rumort es derzeit mächtig.

Einer der Hauptcharaktere in den meisten Streitfragen ist Finanzminister Christian Lindner. Er ist für den gemeinsamen Haushalt verantwortlich und weigert sich, sowohl an der Schuldenbremse vorbei weitere Schulden aufzunehmen als auch die Steuern zu erhöhen.² Und das, obwohl gleich mehrere Ministerien Milliarden an Investitionen einfordern.

Da wäre zum einen die Kindergrundsicherung von Familienministerien Lisa Paus. Ab 2025 soll sie bisherige Leistungen bündeln und insbesondere Kindern in Armut mehr Teilhabe ermöglichen.³ Laut Paus bräuchte es dafür zusätzliche 12 Milliarden Euro. Obwohl die Kindergrundsicherung im Koalitionsvertrag vereinbart ist, möchte Lindner das dafür notwendige Geld aufgrund der Anzahl bereits aufgenommener Schulden nicht nachkommen.⁴

Verteidigungsminister Boris Pistorius fordert ebenfalls mehr Geld. Laut ihm bräuchte die Bundeswehr zusätzliche 10 Milliarden Euro pro Jahr. Lindner ließ bereits verlautbaren, für die Bundeswehr mehr Geld zu veranschlagen,⁵ doch ob er die Forderung von Pistorius voll erfüllen wird, ist mindestens fraglich.⁶

Wirtschaftsminister und Vize-Kanzler Robert Habeck sieht aufgrund der Haushaltsplanungen Lindners zentrale Vorhaben der Grünen bedroht. Neben der Kindergrundsicherung geht es dabei auch um mehr Geld für Klimaschutz. Habeck und Lindner trugen ihre Meinungsverschiedenheiten im Februar ungewohnt öffentlich in einem Briefwechsel aus. Dort schlug Habeck seinem (Zitat) „sehr geehrten Kollegen“ Lindner vor, vereinbarte politische Projekte über z. B. die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen zu finanzieren. Außerdem brachte er Steuererhöhungen als weitere Finanzierungsmöglichkeit ins Spiel. Er betonte, die Schuldenbremse einhalten zu wollen. Lindners Antwortbrief ist in einem beherrschenden Ton verfasst. Steuererhöhungen verwirft er dort explizit, stattdessen bräuchte es „Ideen, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands“.⁷

Anfang der Woche vermeldete die Bundesregierung eine Einigung für Ausgaben für den Klimaschutz in Höhe von 200 Milliarden Euro bis 2026.⁸ Der Naturschutzbund NABU

¹ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-03/meseberg-kabinettsklausur-ampel-koalition>

² <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/lindner-habeck-haushalt-101.html>

³ <https://www.mdr.de/brisant/ratgeber/kindergrundsicherung-118.html>

⁴ <https://www.zeit.de/news/2023-03/08/kindergrundsicherung-finanzierung-sorgt-fuer-streit>

⁵ <https://www.morgenpost.de/politik/article237806395/christian-lindner-bundeswehr-finanzmittel-interview.html>

⁶ <https://www.bloomberg.com/news/articles/2023-02-28/pistorius-will-10-mrd-extra-und-bekommt-bestenfalls-die-halfte#xj4y7vzkg>

⁷ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/lindner-habeck-haushalt-101.html>

⁸ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-03/klimaschutz-bundesregierung-erneuerbare-energie-lindner-habeck>

bemängelte hingegen, dass zu dieser Summe eine Reihe bereits veranschlagter Ausgaben zählen und tatsächlich lediglich 30 Milliarden Euro an Mehrausgaben beschlossen wurden.⁹

Trotzdem ist inzwischen klar, dass die Verhandlungen um den Haushalt vorerst gescheitert sind. Am Donnerstag meldete die Deutsche Presse Agentur, dass Lindner dem Kanzler mitgeteilt habe, den Termin zur Verkündung des Haushalts nächsten Mittwoch nicht einhalten zu können.¹⁰

Neben dem Haushalt gibt es noch ein weiteres großes Konfliktthema: Die sogenannten E-Fuels. Verkehrsminister Volker Wissing möchte, dass diese auch nach 2035 weiter zugelassen werden. Die Grünen stehen ihnen ablehnend gegenüber.¹¹ E-Fuels sind synthetische Kraftstoffe, aus Wasserstoff und CO₂ hergestellt, mit denen Verbrennungsmotoren angetrieben werden können. Sie erzeugen, wie herkömmliche Abgase, umweltschädliche Emissionen. Die Idee hingegen ist folgende: Stammt der Strom zur Herstellung aus klimaneutralen Quellen und das notwendige Kohlestoffdioxid aus Biomasse oder der Atmosphäre – ist also bereits vorhanden – dann könnten sie klimaneutral sein.^{12&13} Am Dienstag hatten die EU-Staaten jedoch eigentlich geplant, ein aus für Verbrennungsmotoren ab 2035 zu beschließen. Der Widerstand aus dem Verkehrsministerium sorgte jedoch dafür, dass Deutschland seiner angekündigten Zusage nicht nachkommen konnte. Die Abstimmung musste daher verschoben werden. Wissing erwartet, dass E-Fuels von dem Verbot ausgenommen werden – und bekam auf der Klausurtagung in Meseberg Rückendeckung von Scholz.¹⁴ Die Grünen hingegen kritisieren das Aufschieben. Die Autoindustrie selbst plane derzeit kaum mit E-Fuels.¹⁵

Wir nehmen uns nun den Debatten der Ampel an.

⁹ <https://www.rnd.de/politik/200-milliarden-euro-fuer-klimaschutz-nur-eine-luftbuchung-KLBDZRDG6RF67HAWNRRZVBMVM4.html>

¹⁰ <https://www.sueddeutsche.de/politik/lindner-verschiebt-kabinettsbeschluss-haushaltsverhandlungen-der-bundesregierung-sind-gescheitert-1.5766212>

¹¹ <https://www.deutschlandfunk.de/volker-wissing-e-fuels-verbrennermotor-100.html>

¹² <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/e-fuels-das-muessen-sie-ueber-die-synthetischen-kraftstoffe-wissen/28478946.html>

¹³ <https://www.swr.de/swraktuell/argumente-fuer-und-gegen-e-fuels-100.html#efuels-klimaneutral>

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/wissing-efuels-verbrenner-101.html>

¹⁵ <https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/synthetische-kraftstoffe>